



MONIKA HAUSAMMANN

Demokratie, die ich meine

Von ihrem Schreibtisch in Südfrankreich aus beobachtet die Schweizer Schriftstellerin die Welt. Jeden Monat wundert sie sich für Tichys Einblick. Diesmal über die Umwertung des Begriffs Demokratie über den Umweg der Klimapolitik

Auf dem kleinen, flackernden Bildschirm meiner politischen Kompetenz blinkt in letzter Zeit immer häufiger ein rotes Lämpchen auf – und zwar immer dann, wenn der hochgradig unangenehme Gedanke aufploppt, dass es das, was ich in der Stille meiner Schreibstube als „demokratische Politik“ und „pluralistische Parteienlandschaft“ analysiere, gar nicht mehr gibt. Dass ich also ein Phantom oder eine Illusion untersuche.

Der Grund für das Phänomen ist, dass ich eine immer größere Differenz feststelle zwischen dem, was Medien, Politiker und NGOs offenbar unter Demokratie verstehen, und dem, was ich darunter verstehe. Ich denke bei Demokratie an ein Herrschaftssystem, in dessen Rahmen Politiker nebst allem Eigennutz den Willen der Mehrheit der Bürger zum Besten des Landes umzusetzen versuchen. Ich denke dabei an die Sicherung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, gleiche Regeln für alle und damit Lebens- und Planungssicherheit, die weit über Legislaturperioden hinausreicht. Hört man indes dem politischen Personal zu, dann kommt man zu dem Schluss, dass es unter Demokratie nicht dasselbe versteht wie ich. Vielmehr politisieren sie konsequent nicht nur gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung, sondern – im Fall der Konservativen und Liberalen – auch gegen das eigene Parteiprogramm. Klarheit in dieser Frage verschafft ausgerechnet der als Wissenschaft maskierte diesjährige UN-Klimabericht.

Nebst dem üblichen Zeitbombenvokabular, das die Tatsache nicht zu übertünchen vermag, dass es im besten Fall Modellierungen sind, was die IPCC-Experten als sichere Prognosen rüberzubringen versuchen, von deren Richtigkeit sogar sie selber bloß mit „mittlerem bis hohem Vertrauen“

Ich stelle eine immer größere Differenz fest zwischen dem, was Medien, Politiker und NGOs unter Demokratie verstehen, und dem, was ich darunter verstehe

ausgehen, fällt etwas besonders auf: Im Vergleich zu Versionen der Vorjahre kommen die Worte „Demokratie“ und „demokratisch“ nicht mehr vor. Sprach man zuvor beispielsweise noch vom demokratischem Empowerment der Bewohner besonders klimagefährdeter Gebiete, ist jetzt stattdessen sehr viel die Rede von Identität, Heimat, Zugehörigkeit und kulturellen Praktiken indigener Völker. Die Demokratie ist bei der UN wohl eins zu eins durch Sozialkonstruktivismus ersetzt worden – diesmal auf dem Umweg über die Klimapolitik.

Demokratie, so der UN-Bericht und so wohl auch die Mehrheit der Politiker, ist, wenn sich Gender-Bewegte, indigene nicht westliche Völker, ethnische Minoritäten, Einkommensschwache, Klimaaktivisten und andere Minderheitenbewegungen staatlich finanziert zusammenschließen, um gemeinsam teilzuhaben am inklusiven Prozess des Aufbaus von mehr Klimaresilienz. Zu Deutsch: Demokratie bedeutet mehr staatliche Maßnahmen für mehr Umverteilung, bedeutet hemmungslos herbeigelogenen Ausbau der Staatsmacht und ebenso hemmungslose Einschränkung der meinen.

Pikantes Detail am Rande: Über den UN-Sicherheitsrat, den UN-Menschenrechtsrat, die G77 und vor allem dadurch, dass China mittlerweile vier der 15 Sonderbehörden der UN leitet – auch solche, die sich um Themen im Zusammenhang mit der UN-Nachhaltigkeitsagenda kümmern –, ist dieses Land mittlerweile zu einer dominierenden Größe innerhalb der Organisation geworden. Man kann also davon ausgehen: Um das Klima und um Demokratie geht es im Rahmen der sich abzeichnenden ESG-Diktatur eher nicht – weder der UN noch unseren Politikern.